

■ Tarifpolitik: Neue Chancen für Tariftreue	2
■ Konjunktur: Investitionen bringen stärksten Impuls	3
■ Finanzmarkt: Mit Risiko-Streuung zum Crash – die systematischen Fehler der Finanz-Elite	4
■ Unternehmensmitbestimmung: Mitbestimmung rechnet sich	6
■ Kurz gemeldet	6
■ Arbeitsrecht: Entlassungen – Namenslisten untergraben Kündigungsschutz	7
■ TrendTableau	8

FINANZMARKTKRISE

Koordiniert die Konjunktur stützen

Die Rettungspakete von Regierungen und Zentralbanken haben die Chancen erhöht, die Finanzmarktkrise relativ schnell zu überwinden. Allerdings müssen sich die EU-Staaten noch besser abstimmen – und vor allem die Konjunktur stimulieren.

„Es gibt eine Reihe positiver Signale“, betont das IMK in seiner neuesten Untersuchung zur Krise, die am 22. Oktober erschienen ist.* Dazu zählen die konzertierte Leitzinssenkung und das Rettungspaket der Bundesregierung: „Es setzt an den wichtigsten Problemen an, ohne staatliche Leistungen kostenlos zu gewähren.“ Die Wissenschaftler halten es für sinnvoll, dass der Staat je nach Art der finanziellen Hilfen Gebühren, Eingriffsrechte und Eigentumstitel erhält. Ein Risiko sehen sie allerdings darin, dass betroffene Banken „zu lange mit der Annahme von Hilfen warten“, weil sie Negativ-Nachrichten und Auflagen scheuen. Daher wäre es aus Sicht des IMK praktikabler, wenn die Bundesregierung nach britischem oder US-amerikanischem Vorbild alle Banken zu einer Eigenkapitalerhöhung veranlasst hätte. So wäre „wertvolle Zeit gewonnen worden“.

Auch wenn das Krisenmanagement große Fortschritte gemacht hat – in zwei zentralen Punkten besteht weiter erheblicher Verbesserungsbedarf: „Um wirklich Hoffnung auf eine schnelle Überwindung der Krise haben zu können“ – im besten Fall innerhalb des kommenden Jahres – „müssten sich die europäischen Länder nicht nur auf eine bessere Koordination der nationalen Rettungspakete für ihre Finanzsysteme einigen, sondern auch auf koordinierte nationale Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur“, so das IMK.

Mangelnde Koordination habe dazu geführt, dass die EU-Staaten sehr unterschiedliche Hilfspakete geschnürt haben. Diese Vielfalt könnte dazu führen, dass es ungewollt zu einem europäischen Wettbewerb um die für Banken günstigste Regulierung kommt. Sollte daraufhin Kapital in die vermeintlich „sichereren“ Länder transferiert werden, würde sich die Situation in den „ungünstigeren“ Ländern verschärfen.

Als noch gravierendere Schwäche identifiziert das IMK den Verzicht auf eine zwischen den EU-Staaten koordinierte Konjunkturpolitik. „Damit wird bisher die Chance auf einen spürbaren Impuls, der den Abschwung verhindern könnte, vertan“, schreiben die Forscher. Vor allem Deutschland zeige bisher wenig Interesse an gemeinsamen Konjunkturpaketen

Wettbewerb mit Garantien

Nationale Sicherung von Bankeinlagen in ausgewählten EU-Ländern



Land	bis Anfang Okt. 2008	aktuelle Regelung
Belgien	20.000 €	100.000 €
Dänemark	300.000 DK (40.000 €)	unbegrenzt
Deutschland	20.000 €	unbegrenzt
Griechenland	20.000 €	100.000 €
Großbritannien	35.000 £ (44.500 €)	50.000 £ (63.560 €)
Frankreich	70.000 €	70.000 €
Italien	privatwirt. gedeckt	103.000 €
Irland	20.000 €	unbegrenzt*
Luxemburg	20.000 €	50.000 €
Niederlande	20.000 €	100.000 €
Österreich	20.000 €	unbegrenzt
Portugal	25.000 €	50.000 €
Schweden	250.000 SEK (24.750 €)	500.000 SEK (49.500 €)
Spanien	20.000 €	100.000 €

* Staatliche Einlagensicherung 100.000 €, aber unbegrenzt für die Banken, für die Irland eine Garantie auf alle Bankeinlagen gegeben hat; Kursberechnungen zum 23.10.2008
Quelle: IMK 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

– und das, obwohl sich die deutsche Binnenwirtschaft in den letzten Jahren besonders schwach entwickelte. ◀

* Quelle: Eckhard Hein, Gustav Horn, Heike Joeßges, Silke Tober, Till van Treeck, Rudolf Zwiener: Finanzmarktkrise: Erste Hilfe und langfristige Prävention, IMK Policy Brief, Update vom 22.10.2008
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de